WP-3-576-2 Kapitel 3: Berlin gestaltet Zukunft

Antragsteller*in: Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow)

## Änderungsantrag zu WP-3

Von Zeile 576 bis 583:
Berliner Baustellen, Betriebe und andere Arbeitsorte sind auch Tatorte von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel. Arbeitsausbeutung ist kein Randphänomen, sondern ein hochprofitables Geschäftsmodell, das von mangelnden Kontrollen, unklaren Zuständigkeiten und der Angst Betroffener vor Behörden lebt. Wir Bündnisgrüne wollen Arbeitsausbeutung und Menschenhandel wirksam bekämpfen undden Schutz der Betroffenen in den Mittelpunkt stellen.

Dafür stärken wir die Kontrolldichte und verbessern die Zusammenarbeit von Landesbehörden, Bezirken, Zoll, Finanzkontrolle Schwarzarbeit und spezialisierten Fachberatungsstellen. Ziel ist es, Betroffene frühzeitig zu identifizieren, zu schützen und konsequent aus ausbeuterischen Strukturen herauszulösen. Betroffene von Arbeitsausbeutung dürfen nicht kriminalisiert oder als „illegale Beschäftigte“ behandelt werden. Wir setzen auf verbindliche Fortbildungen für Behörden und Kontrollinstanzen zu Trauma, Opferschutz und Menschenhandel und sorgen für klare Weiterverweisungsstrukturen zu Beratung, medizinischer Versorgung und Rechtsdurchsetzung.

~~Berliner Baustellen und andere Arbeitsorte sind auch Tatorte von Arbeitsausbeutung oder gar Menschenhandel. Wir Grüne wollen durch mehr Kontrollen und eine intensivere Vernetzung der Dienststellen den Schutz der Betroffenen verbessern, um Arbeitsausbeutung verhindern zu können. Mit Schutzwohnungen, mehr Informationen, Rechtsberatung und Bewahrung vor Abschiebung wollen wir Betroffene dabei unterstützen, Rechtsverfahren durchzustehen und den Verantwortlichen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Auch die Arbeitnehmer*innenkammer soll hier eine entscheidende Rolle spielen.~~

Mit Schutzwohnungen, niedrigschwelligen Informationen, kostenfreier Rechtsberatung aufenthaltsrechtlicher Absicherung unterstützen wir Betroffene dabei ihre Rechte wahrzunehmen und Rechtsverfahren durchzustehen ohne Angst vor Abschiebung. So entziehen wir ausbeuterischen Geschäftsmodellen die Grundlageund stärken zugleich Rechtsstaatlichkeit und fairen Wettbewerb. Die Arbeitnehmer*innenkammer soll hierbei eine entscheidende Rolle übernehmen. Schutz und Unterstützung müssen dabei unabhängig von der Aussagebereitschaft in Strafverfahren erfolgen, damit Betroffene nicht gezwungen sind, zwischen Sicherheit und Kooperation zu wählen.

## Unterstützer*innen

Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin); Kathleen Wabrowetz (KV Berlin-Neukölln); Mascha Brammer (KV Berlin-Mitte); Lydia Krüger (KV Berlin-Pankow); Lennart Gehrenkemper (KV Berlin-Pankow); Christina Markfort (KV Berlin-Mitte); Annette Klemm (KV Berlin-Pankow); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); Peter Haack (KV Berlin-Neukölln)